

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

13. Oktober 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 06.10.14 wurden in der Hauptstadt der nordöstlichen Provinz Kunduz drei Zivilisten verletzt als eine Bombe ein afghanisches Armeefahrzeug traf.

Am 07.10.14 starben ein Imam und dessen Mutter bei einem Bombenanschlag im Distrikt Jani Khail der südöstlichen Provinz Paktika. Im Distrikt Zerai der südlichen Provinz Kandahar wurde ein Zivilist durch eine Landmine getötet, vier erlitten Verletzungen. Bei Angriffen auf Polizeistationen in der westlichen Provinz Badghis kamen vier Polizisten und drei Angreifer um.

Am 08.10.14 wurden bei zwei Selbstmordanschlägen auf afghanische Militärfahrzeuge in Kabul mindestens sieben Menschen getötet und mehr als 15 verletzt. Im südlichen Kandahar starben bei der Explosion zweier an Straßen versteckter Sprengsätze sechs Menschen, weitere, darunter Kinder, wurden verletzt. Bei der Explosion einer Autobombe in Lashkargah (Hauptstadt der südlichen Provinz Helmand) kamen mindestens fünf Menschen um, es gab 19 Verletzte. Bei weiteren Vorfällen im nördlichen Sar-i-Pul und südlichen Zabul wurden ein Polizist und drei Aufständische getötet. Nach Angaben des Geheimdienstes sei es gelungen, einen Autobombenanschlag in Kabul zu verhindern.

Am 09.10.14 konnten zwei entführte pakistanische Ingenieure in der nördlichen Provinz Jawzjan befreit werden, dabei starben zwei Aufständische und ein Polizist. Ein Angriff auf eine Militärbasis im nördlichen Kunduz konnte verhindert werden.

Am 11.10.14 kam es zu Attentaten mit Toten und Verletzten in der Provinz Khost.

Am 12.10.14 griffen zwei Taliban in Polizeiuniform das Polizeihauptquartier in Mazar-i-Sharif, Provinz Balkh, an. Es gab zwei Tote und mehrere Verletzte. Einen Tag zuvor kam es zu einem ähnlichen Angriff in Lashkargah.

Am 12.10.14 starben durch ein Bombenattentat in der Provinz Wardak mehrere Personen.

Am 13.10.14 fand ein Selbstmordattentat auf einen Konvoi der internationalen Schutztruppe ISAF im Kabuler Stadtteil Pol-e-Tscharki statt. Dabei soll ein afghanischer Zivilist getötet, drei Menschen sollen verletzt worden sein.

Todesstrafe

Am 08.10.14 wurden fünf Männer hingerichtet, die wegen bewaffneten Raubüberfalls und Gruppenvergewaltigung zum Tode verurteilt worden waren. Ein weiterer Mann, der Kopf eines Entführungsnetzwerks gewesen sein soll, wurde ebenfalls hingerichtet. Nach Ansicht internationaler Beobachter habe es sich bei den Gerichtsverfahren nicht um faire Prozesse gehandelt. Auch von unter Folter erpressten Geständnissen ist die Rede. Bei den Hinrichtungen handelte es sich um die ersten im Jahr 2014. Amnesty International registrierte während der Amtszeit von Präsident Karzai (Dezember 2001 - September 2014) 51 Exekutionen. Etwa 300 Verurteilte sollen gegenwärtig in Todeszellen sitzen.

Pakistan

Extremisten drohen Friedensnobelpreisträgerin Yousafzai

Kurz nach der Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis erhielt die junge Kinderrechtsaktivistin Malala Yousafzai am 10.10.14 eine Drohung einer pakistanischen Splittergruppe der Taliban. Verfasser der Twitter-

Nachricht war die Jamaat ul-Ahrar, die sich im August von der Tehreek-e Taliban Pakistan (TTP) abgespalten hatte. Die 17-jährige Malala Yousafzai, die vor zwei Jahren nach einem Kopfschuss durch pakistanische Taliban fast getötet worden wäre, lebt heute in Großbritannien. Die TTP, es handelt sich um eine Dachorganisation von mehr als einem Dutzend Gruppen, hat sich bislang nicht zu der Auszeichnung Malala Yousafzais geäußert. In Pakistan erhielt die jüngste Nobelpreisträgerin seit der Einführung der Auszeichnung Lob und Anerkennung. In den wichtigsten Tageszeitungen wurde auf ihren Titelseiten über das Ereignis berichtet.

Zwei Impfhelfer durch Bombenanschlag getötet

Im Nordwesten an der Grenze zu Afghanistan wurden durch einen Bombenanschlag zwei Polio-Impfhelfer und ein Verwandter der Helfer getötet, so örtliche Behörden am 08.10.14. Unklar war den Angaben nach, ob der an einem Straßenrand versteckte Sprengsatz ihnen galt. Mitarbeiter von Impfkampagnen werden immer wieder Opfer tödlicher Anschläge. Viele Eltern lehnen die Impfung ihrer Kinder ab, weil Geistliche und islamistische Aufständische Vorbehalte haben.

Indien/Pakistan

Waffenruhe gebrochen – Mehrere Tote und Tausende Flüchtlinge

Bei den schwersten Gefechten zwischen Indien und Pakistan seit 2003 wurden in der umstrittenen Region Kaschmir mindestens 17 Zivilisten getötet und zahlreiche Menschen verletzt, Tausende fliehen aus der Region, um einer weiteren Eskalation der Lage zu entgehen. Indien und Pakistan beschuldigen sich gegenseitig, für den Bruch der Waffenruhe verantwortlich zu sein.

Den 2004 begonnenen Kaschmir-Friedensprozess lässt Indien seit September ruhen, nachdem die pakistanische Regierung Kontakte zu Unabhängigkeitskämpfern im indischen Teil Kaschmirs aufnahm. Indien sieht darin eine inakzeptable Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Die pakistanische Regierung sprach dagegen von einer „guten Tradition“, vor den indisch-pakistanischen Konsultationen zunächst mit den lokalen Anführern aus Kaschmir zu sprechen, um so eine „zielgerichtete Diskussion über die Probleme“ in der Region vorzubereiten.

Irak

Entwicklung der Lage

Am 11.10.14 wurden bei mehreren Bombenanschlägen in schiitischen Wohngebieten von Bagdad mindestens 45 Menschen getötet. Für die Anschläge soll der Islamische Staat (IS) verantwortlich sein. In der Stadt Qara Tapah (rund 150 Kilometer nordöstlich) starben am 12.10.14 bei der Explosion mehrerer Autobomben mindestens 20 Menschen. In Baquba gab es bei Selbstmordanschlägen auf einen Markt mindestens sechs zivile Todesopfer.

In der Provinz Anbar starteten IS-Kämpfer neue Angriffe. Irakischen Pressemeldungen zufolge soll die Provinz Anbar zu etwa 80 % unter der Kontrolle des IS stehen. Die Stadt Ramadi sei vom IS von Norden, Osten und Westen angegriffen worden. Bisher soll es den Regierungstruppen nur durch die Unterstützung amerikanischer Kampfflieger gelungen sein, den Fall Ramadis zu verhindern. IS-Kämpfer töteten am 12.10.14 den Polizeichef der Provinz Anbar durch einen Bombenanschlag. Es soll auch Angriffe auf Abu Ghraib, im Westen von Bagdad, gegeben haben.

Syrien

IS-Vorstoß in Kobane vorerst gestoppt

Bei den jüngsten Luftangriffen der USA und ihrer Verbündeten sollen einige Stellungen des IS getroffen worden sein, wodurch IS bei der Eroberung Kobanes vorerst gestoppt wurde. IS soll bereits mindestens 40 Prozent der Kurdenhochburg an der Grenze zur Türkei kontrollieren. Zwischenzeitlich hatten die USA die Stadt bereits verloren gegeben. Kobane (Arabisch: Ain al-Arab) wird seit ca. einem Monat vom IS belagert, wobei dieser zur Unterstützung Kämpfer aus den syrischen Provinzen ar-Raqqa und Aleppo abgezogen und

nach Kobane beordert haben soll. Nach Schätzungen der UN befinden sich noch etwa 12.000 Zivilisten in und um Kobane. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon und der UN-Syrien-Sondergesandte Staffan de Mistura befürchten ein Massaker bei einem Fall von Kobane.

Iran

Geplante Hinrichtung junger Frau trotz Notwehr

Die 26-jährige Reyhaneh Jabbari muss ständig mit ihrer Hinrichtung rechnen. Vor sieben Jahren wurde sie verhaftet und später wegen Mordes verurteilt, weil sie einen Mann getötet hat. Sie beteuert, dass die Tat aus Notwehr geschehen sei. Ihr Opfer, der 47-jährige Morteza Abdolali Sarbandi, habe sie vergewaltigen wollen, sagte Reyhaneh Jabbari vor Gericht. Sarbandi war Arzt und ehemaliger Mitarbeiter des iranischen Geheimdienstes. Der Fall wühlt die iranische Öffentlichkeit auf und beherrscht die sozialen Netzwerke. Um das Leben ihrer Tochter zu retten, hatte ihre Mutter die geplante Hinrichtung in den sozialen Medien veröffentlicht und die Öffentlichkeit um Hilfe gebeten. Amnesty International und der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte hatten Iran aufgefordert, Jabbaris Fall zu überprüfen. Der Fall lasse große Zweifel an einem rechtsstaatlichen Verfahren aufkommen, so der UN-Sonderbotschafter Ahmed Shaheed. Die Familie von Sarbandi könnte Reyhaneh Jabbari begnadigen, lehnt dies aber ab. Laut UN wurden in Iran 411 Menschen bis Juni 2014 hingerichtet.

Volksmujahedin behaupten Vertuschung im Atomstreit

Die Oppositionsgruppe Mujahedin-e Khalq-e Iran (MEK), von der im Jahr 2002 die ersten Belege für das damals geheime iranische Atomprogramm stammten, hat nach eigenen Angaben durch Informanten im iranischen System erfahren, dass wichtige Einrichtungen der Organisation für Innovation und Forschung im Verteidigungsbereich (SPND) in den letzten Monaten heimlich in andere Räumlichkeiten verlegt wurden. Die SPND, die dem iranischen Verteidigungsministerium untersteht, gilt als zentrale Steuerungsstelle für den militärischen Teil des Nuklearprogramms. Aus ihrem Umkreis stammte auch ein Laptop, den der US-Geheimdienst CIA 2011 sichern konnte und der Dateien enthielt, die auf die Entwicklung von Atomsprengköpfen hindeuteten.

Inhaftierte Journalistin freigelassen

Die seit über drei Monaten inhaftierte Journalistin Yeganeh Salehi ist wieder auf freiem Fuß. Das gaben informierte Quellen am 06.10.14 in Teheran bekannt. Salehi war im Juli 2014 zusammen mit ihrem Mann, dem „Washington-Post“-Korrespondenten Jason Rezaian, verhaftet worden. Salehi ist Reporterin der arabischen Zeitung „The National“ in Teheran. Die Hintergründe der Verhaftung sind immer noch unklar. Der US-Bürger Rezaian ist weiterhin inhaftiert.

Jemen

Schiitische Rebellen kontrollieren weiter Sanaa

Nach über zwei Wochen der Erstürmung der Hauptstadt Sanaa und einer vereinbarten Waffenruhe mit der Regierung am 21.09.14 patrouillieren schiitische al-Houthi-Rebellen in Militäruniformen durch die Stadt. Nach Berichten des Innenministeriums geschieht das in Übereinkunft mit der Regierung. Danach hätten die Houthis rd. 20.000 Uniformen erhalten. Ein al-Houthi-Sprecher bestätigte diese Vereinbarung. Eigentlich hatten die Rebellen in einem von der UNO vermittelten Friedensvertrag mit der Regierung zugesagt, sich aus Sanaa zurückzuziehen. In diesem Vertrag war zudem die Bildung einer Einheitsregierung innerhalb eines Monats vereinbart worden. Die Mehrheit der jemenitischen Bevölkerung sind Sunniten. Die Rebellen hatten im Jahre 2004 einen bewaffneten Aufstand begonnen, um für ihre Gebiete die Unabhängigkeit zu erringen. Der Konflikt eskalierte mehrfach zum Bürgerkrieg.

Neuer Regierungschef erklärt Amtsverzicht

Der von Präsident Abd Rabbo Mansour Hadi geplante Weg einer neuen Regierungsbildung ist vorläufig blockiert. Grund ist der nach staatlichen Medienberichten vom 09.10.14 erklärte Amtsverzicht des von Hadi erst am 07.10.14 ernannten Regierungschefs Ahmed Awad bin Mubarak. Die jemenitischen al-Houthi-

Rebellen hatten die Ernennung Mubaraks abgelehnt. Nach Berichten der staatlichen Nachrichtenagentur Saba habe Präsident Hadi den Verzicht Mubaraks akzeptiert.

Al-Qaida-Ableger bekennt sich zu Terror-Anschlag

Wie die auf die Beobachtung von Islamisten-Websites spezialisierte US-Firma Site meldete, bekannte sich die Terrorgruppe al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAP) am 10.10.14 zu dem schweren Selbstmordanschlag auf schiitische al-Houthi-Rebellen mit fast 50 Toten am 09.10.14. Bei einer Versammlung schiitischer al-Houthi-Rebellen in Sanaa hatte ein AQAP-Mitglied einen Sprengstoffgürtel gezündet und 47 Menschen ermordet. Bei einem weiteren Selbstmordanschlag in der südöstlichen Provinz Hadramaut wurden zudem am selben Tag 20 Soldaten getötet und drei verletzt. Auch in diesem Fall werde die AQAP verdächtigt, hieß es.

Israel

Protest gegen Schwedens Anerkennung eines Palästinenserstaates

Die israelische Regierung hat am 06.10.14 Schwedens Botschafter einbestellt und förmlich gegen die von der schwedischen Regierung angekündigte Anerkennung eines eigenständigen Palästinenserstaates protestiert. Der Botschafter wurde im Außenministerium in Jerusalem vom Vizechef der Europaabteilung darauf hingewiesen, dass Israel „enttäuscht“ sei und ein solcher Schritt „die Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern nicht fördere, sondern sie sogar schädige“, so das Ministerium. Schwedens Ministerpräsident hatte erklärt, eine Zweistaatenlösung zur Beendigung des Nahostkonflikts setze „die gegenseitige Anerkennung und den Willen zur friedlichen Koexistenz“ auf israelischer und palästinensischer Seite voraus. Von den EU-Staaten erkannten bisher nur Malta und Zypern Palästina als Staat an.

Libanon

Präsidentenwahl erneut gescheitert

Zum 13. Mal innerhalb von fünf Monaten scheiterte am 09.10.14 die Wahl eines neuen Staatspräsidenten, da zur Abstimmung im Parlament nur 57 der insgesamt 128 Parlamentarier erschienen waren. Am 25.05.14 endete die Amtszeit des bisherigen Staatspräsidenten Michel Suleiman. Aufgrund der Blockadehaltung der pro-syrischen Politiker konnte man sich bisher nicht auf einen neuen Präsidenten einigen, der nach dem „Nationalpakt“ maronitischer Christ sein müsste. Der nächste Termin für einen Wahlversuch ist der 29.10.14.

Türkei

Mehrere Tote bei Kurdenprotesten

Das türkische Parlament hatte der Regierung in Ankara am 02.10.14 das Mandat erteilt, militärisch gegen Terrorgruppen in Syrien und im Irak vorzugehen. Bislang griffen die an der Grenze stationierten Truppen nicht in die Kämpfe ein. Aus Protest gingen in der vergangenen Woche in mehreren Städten Kurden auf die Straße und forderten ein größeres Engagement der Regierung gegen den IS. Dabei kam es teilweise zu Ausschreitungen und zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen nach Regierungsangaben 31 Menschen getötet und mehr als 350 weitere verletzt wurden. In den Provinzen Diyarbakir, Mardin, Siirt und Van wurde eine Ausgangssperre verhängt. In Istanbul und Ankara setzte die Polizei gegen Demonstranten Tränengas und Wasserwerfer ein. In der südöstlichen Großstadt Diyarbakir kamen nach Medienberichten 10 Menschen bei einem Schusswechsel zwischen Demonstranten und islamistischen Gruppen um.

Öffnung von Militärstützpunkten für Luftangriffe

Die Sicherheitsberaterin von US-Präsident Barack Obama, Susan Rice, erklärte am 13.10.14, die Regierung in Ankara habe ihre Zustimmung gegeben, dass die amerikanische Luftwaffe türkische Stützpunkte für Angriffe auf Stellungen der Terrorgruppe IS nutzen könne. Zudem dürfen in den Militäreinrichtungen Vertreter der gemäßigten syrischen Opposition untergebracht und ausgebildet werden.

Festnahme von Flüchtlingen

Sicherheitskräfte nahmen vergangene Woche Hunderte kurdische Flüchtlinge aus der umkämpften syrischen Stadt Kobane fest. Die türkischen Behörden befürchten, dass unter ihnen Kämpfer der in der Türkei verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) oder der syrischen kurdischen Volksbefreiungseinheit (YPG) sein könnten. Die Festgenommenen würden zunächst nur zur Feststellung ihrer Identität festgehalten, sagte ein Behördenvertreter in der Grenzstadt Suruç.

Fortschrittsbericht

Ungeachtet deutlicher Kritik an der Türkei will die EU-Kommission die Beitrittsgespräche grundsätzlich fortsetzen. Nichts sei besser geeignet als der Beitrittsprozess, um Reformen anzustoßen und Kooperationsprojekte im Interesse der EU voranzubringen, erklärte EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle zu dem am 08.10.14 in Brüssel vorgelegten Fortschrittsbericht. Er sprach sich darin auch für eine Ausweitung der Verhandlungen aus, um die türkische Regierung zu einem EU-freundlichen Kurs zu ermuntern. Die EU will zudem mit der Türkei enger im Kampf gegen die Extremistenorganisation Islamischer Staat (IS) und bei der Rückkehr von Syrien-Kämpfern zusammenarbeiten. Der Bericht listet eine ganze Reihe von Defiziten bei demokratischen Grundrechten, rechtsstaatlichen Prinzipien und bei der Bekämpfung von Korruption auf. Genannt werden etwa die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz und der unzureichende Schutz der Meinungsfreiheit. Insbesondere wird auf die Entlassung hunderter Polizisten und Staatsanwälte zu Jahresbeginn hingewiesen, die sich für die Aufklärung von Korruptionsvorwürfen im Umfeld der Regierungspartei AKP eingesetzt hatten. Außerdem wird das Verhalten der Polizei kritisiert. „Der regelmäßige Gebrauch von exzessiver Gewalt während Demonstrationen und die Festnahmen sind Grund zur Sorge“, heißt es. Auch der Druck auf die Presse und Betreiber von Webseiten wird bemängelt. Neue Gesetze schränken die Meinungs- und Pressefreiheit ein. „Die umfassenden Verbote von YouTube und Twitter haben ernsthafte Besorgnis ausgelöst, auch wenn diese später vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurden. Einschüchternde Statements durch Politiker und Verfahren, die gegen kritische Journalisten eingeleitet wurden, in Kombination mit der Eigentümerstruktur des Mediensektors, haben zu weit verbreiteter Selbstzensur der Medieneigentümer und Journalisten geführt, ebenso wie zu Entlassungen von Journalisten“, heißt es im Bericht. Die Beitrittsverhandlungen treten seit Jahren auf der Stelle, erst eines von 34 Verhandlungskapiteln wurde abgeschlossen. Eine ganze Reihe von bereits geöffneten Verhandlungskapiteln ist zudem aus politischen Gründen blockiert.

Algerien

Einem Medienbericht vom 11.10.14 zufolge wurde der Mörder des am 21.09.14 entführten und dann enthaupteten Franzosen Hervé Gourdel identifiziert (vgl. BN v. 29.09.14). Es soll sich um Bachir Kherza handeln, der als „Mufti“ der Gruppierung Jund al-Khalifa (Soldaten des Kalifats) gilt und für zahlreiche Attentate und Terroranschläge verantwortlich ist. Zuvor hatten die algerischen Justizbehörden 15 Haftbefehle gegen Jihadisten ausgestellt.

Westafrika/Ebola

Lagefortschreibung

Die WHO spricht am 10.10.14 von 4.033 bestätigten, wahrscheinlichen oder vermuteten Todesfällen, mehr als 8.000 Menschen wurden als Infizierte erfasst. Die meisten Todesopfer hat Liberia. Nach Berechnungen der US-Seuchenschutzbehörde CDC kann die Zahl der Infizierten in den Staaten Westafrikas bis Januar 2015 auf rund 1,4 Millionen steigen, wenn es keine umfassenden Hilfen und Verhaltensänderungen gibt.

In Liberia brachen infolge der Quarantänemaßnahmen die Landwirtschaft und der Handel zusammen.
In Sierra-Leone gibt es mittlerweile landesweit Quarantänemaßnahmen.

Erste Ebola-Infektionsfälle wurden am 30.09.14 in den USA und am 06.10.14 in Spanien bestätigt. Von der Ansteckung medizinischen Personals wird berichtet.

Im Vorfeld der 69. Generaldebatte der UN-Generalversammlung beschloss diese eine Resolution über Maßnahmen zur Eindämmung und Bekämpfung von Ebola. Bereits angelaufen ist eine EU-Luftbrücke nach Westafrika mit Hilfsgütern.

Mali

Blauhelmsoldat getötet/Außenminister bittet UN um Eingreiftruppe

Am 07.10.14 wurde im Norden Malis ein Blauhelmsoldat aus dem Senegal getötet, als eine Rakete ins Lager der Soldaten einschlug. Seit dem Beginn des Einsatzes von MINUSMA (UN-Stabilisierungsmission für Mali) im Juli 2013 wurden in Mali 31 Blauhelmsoldaten getötet und 91 verletzt. Im Norden sollen sich abgespaltene Zellen verschiedener islamistischer Gruppierungen aufhalten und sich im Süden Libyens mit Waffen versorgen.

Am 08.10.14 forderte der Außenminister Malis den UN-Sicherheitsrat auf, eine schnelle Eingreiftruppe in den Norden Malis zu entsenden, um die Terroristen zu bekämpfen, die Schutztruppen zu unterstützen sowie die Bevölkerung zu schützen.

Somalia

Tote bei Anschlag/Schüsse auf Journalisten

Bei einem Autobombenanschlag auf ein Cafe in der somalischen Hauptstadt Mogadischu wurden am 12.10.14 mindesten vier (nach anderen Angaben elf) Personen getötet und mindestens acht verletzt. Bekannt hat sich bisher niemand zu dem Anschlag. Es wird vermutet, dass er durch die mit al-Qaida verbündete al-Shabaab-Miliz begangen wurde, obwohl es den Eingreiftruppen der Afrikanischen Union (AMISOM) gelungen ist, die al-Shabaab aus großen Teilen des Landes zurück zu drängen.

Am 12.10.14 schossen Unbekannte auf den Journalisten Abdirisak Jama (er gehört zum Sender Somali Channel Television in London) vor seiner Wohnung in Mogadischu. Jama wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Auch für diesen Anschlag übernahm bisher niemand die Verantwortung. Für Journalisten gehört Somalia zu den gefährlichsten Ländern der Welt, 2013 wurden mindestens sieben Journalisten getötet.

Zentralafrikanische Republik

Fünf Tote bei neuer Gewalt

Bei neuen Gewalttaten in der Hauptstadt Bangui wurden am 09.10.14 mindestens neun Menschen, darunter ein pakistanischer UN-Soldat, getötet. Dies sind die schwersten Gefechte seit Monaten. Zuvor war ein Ultimatum der christlichen Anti-Balaka-Miliz an Präsidentin Samba-Panza zu ihrem Rücktritt verstrichen. Bereits einen Tag zuvor wurden fünf Tote gemeldet, nachdem ein Muslim mit Granaten mehrere Passanten verletzte und nach einer Verfolgungsjagd gelyncht wurde. Es folgten Brandanschläge und Schießereien, in deren Verlauf vier Menschen getötet wurden.

Kenia

Präsident vor dem IStGH

Der kenianische Präsident Uhuru Kenyatta hat sich am 08.10.14 zum ersten Mal der Anklage der Verbrechen gegen die Menschlichkeit am Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag gestellt. Kenyatta ist das erste amtierende Staatsoberhaupt, das sich dort verantworten muss. Die Anklagepunkte befassen sich mit seiner Rolle bei den Gewaltausbrüchen im Nachgang zu den Präsidentschaftswahlen in 2007, die das Leben von über 1.000 Menschen forderten. Zunächst soll geprüft werden, ob überhaupt ein Prozess eröffnet wird. Der Regierung Kenias wird vorgeworfen, Beweise unterdrückt und Zeugen eingeschüchert zu haben. Die Verteidigung will eine Einstellung.

Kenyatta betonte seine Unschuld und behauptet, die Beschuldigungen gegen ihn seien politisch motiviert. Während seiner Abwesenheit übernimmt Vizepräsident Ruto die Funktion des Staatsoberhauptes. Auch Ruto

muss sich dem IStGH stellen, stand aber zur Zeit der Gewaltausbrüche auf der Seite der Opposition. Er streitet die Anschuldigungen ebenfalls ab.

Die Massaker 2007 bildeten den schlimmsten Gewaltausbruch in Kenia seit 1963. Kenyatta war 2007 Unterstützer von Präsident Mwai Kibaki, der bei den Wahlen siegte. Die Opposition erhob den Vorwurf der Wahlfälschung. Der Streit um das Wahlergebnis eskalierte, als regierungstreue Gruppen Häuser niederbrannten und politische Gegner töteten. Kenyatta wird vorgeworfen, er habe die Milizen vor Ort organisiert und finanziert. Kenyatta wurde seit 2013 zum Präsidenten Kenias gewählt.

DR Kongo

Ehemalige Kämpfer in Lager verhungert

Nach Meldungen von Human Rights Watch (HRW) sind über hundert ehemalige Milizionäre und deren Familienangehörige im ehemaligen Militärlager Kotakoli (Provinz Équateur, Nordwesten) an Unterernährung oder an unbehandelten Krankheiten gestorben. Seit einem Jahr sind dort bis zu 1.000 demobilisierte Kämpfer verschiedener Milizen aus dem Ostkongo untergebracht. Von Regierungsseite heißt es, dass Typhus in dem Lager ausgebrochen sei und man habe nicht rechtzeitig Hilfe in das abgelegene Lager bringen können. Auch internationale Hilfe sei nur unzureichend geleistet worden. Die Weltbank finanziert zwar ein Demobilisierungsprogramm für ausländische Rebellen, die aus dem Kongo in ihre Heimatländer Ruanda, Uganda oder Burundi zurückgebracht werden. Für kongolesische Kämpfer ist es aber nicht zuständig.

Bei den Verstorbenen handelt es sich um Kämpfer zweier bewaffneter Gruppen aus der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu: die Hutu-Miliz Nyatura und die Bahunde-Miliz APCLS (Allianz der Patrioten für einen Freien und Souveränen Kongo). Sie waren 2013 dem Ruf von Kongos Armee gefolgt, sich freiwillig zu ergeben. Sie wurden im Armeestandort Bweremana gesammelt und dann per Flugzeug über 1.000 Kilometer nach Kotakoli gebracht. Auch die weiteren Militärlager Kitona in Bas-Congo und Kamina in Katanga seien in desolatem Zustand, berichten Diplomaten.

Das staatliche Demobilisierungsprogramm vom Juni 2014 sieht vor, den insgesamt 25.000 Milizionären, darunter fast 7.000 Kindersoldaten, Straffreiheit zukommen zu lassen, wenn sie sich freiwillig ergeben. Zur Option stehen dann entweder die Integration in die reguläre Armee oder die Entlassung ins zivile Leben. Allerdings ist der Staat nicht in der Lage, die zugesagte Hilfe (eine bezahlte Ausbildung oder Startgeld für ein kleines Geschäft und psychologische Beratung) tatsächlich zu leisten, sodass sich immer mehr Kämpfer wieder in den Dschungel zurückziehen.

Westbalkan

EU-Fortschrittsberichte

Die EU-Kommission hat am 08.10.14 die neuen Fortschrittsberichte zu den Ländern des westlichen Balkans (Albanien, Kosovo, EJR Mazedonien, Montenegro und Serbien) vorgelegt.

Danach sind alle Länder mit erheblichen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch, vor allem bei jungen Menschen, und beträgt durchschnittlich 21 %. Die hohe Armut hält an. Für die meisten Länder ist die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit die zentrale Herausforderung. Qualität und Effizienz der Justiz sind häufig mangelhaft. Die Korruption ist nach wie vor ein gravierendes Problem. In allen westlichen Balkanländern ist die Lage der meisten Roma-Gemeinschaften nach wie vor besorgniserregend. Auch Homophobie, Diskriminierung und Hassverbrechen, einschließlich Gewalt und Einschüchterung, aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität sind immer noch weit verbreitet.

Serbien (seit März 2012 Beitrittskandidat) führt Beitrittsverhandlungen seit Januar 2014. Laut EU zeigen die Reformbemühungen Erfolge. Gelobt wird die Normalisierung der Beziehungen zu Kosovo. Defizite sieht man noch im Justizsystem und bei der Bekämpfung des Organisierten Verbrechens.

Montenegro (seit 2010 Beitrittskandidat) führt Beitrittsverhandlungen seit Juni 2012. Große Defizite gibt es immer noch bei der Korruptionsbekämpfung und der Meinungsfreiheit.

EJR Mazedonien (seit 2005 Beitrittskandidat). Der Beginn von Beitrittsverhandlungen blieb bisher im Streit mit Griechenland um den Staatsnamen blockiert. Die Kommission hält aber die Empfehlung aufrecht, mit

den Verhandlungen zu beginnen, stellt aber auch Rückschritte in sensiblen Bereichen wie der Meinungs- und Medienfreiheit sowie der Unabhängigkeit der Justiz fest.

Albanien (seit Juni 2014 EU-Beitrittskandidat). Im Bereich Rechtsstaatlichkeit gibt es noch viele Schwächen. Sorgen bereiten auch die Spannungen zwischen Regierung und Opposition.

Bosnien-Herzegowina (potentieller Beitrittskandidat). Dem Land wurde insgesamt ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Die Arbeitslosigkeit liegt bei Jugendlichen bei etwa 70 %, der Staat steht kurz vor dem Bankrott, Korruption ist allgegenwärtig und den politischen Parteien wird der Reformwille abgesprochen.

Kosovo gilt ebenfalls als potentieller Beitrittskandidat, obwohl Griechenland, Zypern, die Slowakei, Spanien und Rumänien die Republik nicht anerkannt haben. Ein Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen (SAA) wurde im Juli 2014 paraphiert.

Bosnien und Herzegowina

Parlaments- und Präsidentschaftswahlen

Am 12.10.14 fanden landesweite Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Die Wahlbeteiligung betrug rund 50 %. Gewählt wurden die drei Mitglieder des Staatspräsidiums (je ein Präsident für die bosniakische, die serbische und die kroatische Volksgruppe), das gesamtstaatliche Parlament sowie die Parlamente der beiden Landesteile (Bosniakisch-Kroatischen Föderation – FBuH, Republika Srpska – RS) außerdem die zehn kantonalen Parlamente der FBuH und der Präsident der RS.

Offizielle Wahlergebnisse werden im Laufe der Woche bekannt gegeben. Mit einer Regierungsbildung auf gesamtstaatlicher Ebene, die das letzte Mal 16 Monate dauerte, rechnet niemand vor März 2015.

Serbien

Ebola – 708 Personen unter Quarantäne

Aus aus Sicherheitsgründen wurden bisher 708 Personen wegen Ebola unter Quarantäne gestellt, teilte das serbische Gesundheitsministerium mit. 92 von ihnen seien nach Serbien aus den Ebola-Regionen eingereist.

Ukraine

Neuer UNO-Bericht zählt mehr als 3.600 Tote in der Ostukraine

Seit rund einem halben Jahr bekämpfen sich prorussische Separatisten und ukrainische Regierungstruppen in der Ostukraine. Bei den Gefechten sind nach neuesten Angaben der Vereinten Nationen seit Mitte April 2014 mindestens 3.660 Menschen getötet worden, mehr als 8.700 wurden verletzt.

Trotz der am 05.09.14 vereinbarten Feuerpause ist die Gewalt in der Region nicht abgeflaut, obwohl es zeitweise ruhig blieb. Seither hat die UNO 331 Todesopfer und mehr als 375.000 Binnenflüchtlinge. Insgesamt sind nach Angaben des UN-Büros für Menschenrechte fünf Millionen Menschen von den Auswirkungen des Konflikts betroffen. Allein in den Regionen Donezk und Luhansk mussten 40.000 kleine und mittelständische Unternehmen schließen, Tausende verloren dadurch ihr Einkommen.

Der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, Prinz Said Raad Al Hussein, forderte, dass alle Menschenrechtsverletzungen rückhaltlos untersucht und verfolgt werden müssten, darunter der Beschuss von Zivilisten, Morde, mutmaßliche sexuelle Gewalt, die illegale Beschlagnahmung von Eigentum sowie die Misshandlung von Gefangenen. Die UNO macht in ihrem Bericht sowohl die prorussischen Separatisten als auch die Freiwilligenverbände, die an der Seite der ukrainischen Armee kämpfen, für die Verbrechen verantwortlich. Beide Gruppen gingen mit größter Gewalt auch gegen mutmaßliche Kollaborateure vor.

Russland/Ukraine

Putin ordnet Truppenrückzug von ukrainischer Grenze an

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am 12.10.14 den Abzug von mehr als 17.000 Soldaten aus dem Grenzgebiet zur umkämpften Ostukraine angeordnet. Das teilte sein Sprecher Dmitri Peskow mit. Demnach hatten die Soldaten im Gebiet Rostow ein Manöver abgehalten, das nun abgeschlossen sei. Die Soldaten sollen in ihre Kasernen zurückkehren. Putin habe die Anordnung nach einem Gespräch mit Verteidigungsminister Sergej Schoigu gegeben. Die Führung in Kiew und der Westen hatten die Stationierung russischer Truppen in der Nähe der Konfliktregion als Provokation kritisiert. Mehrfach hatte es Berichte über russische Kämpfer in den Reihen der prorussischen Separatisten sowie über Waffenlieferungen über die Grenze gegeben. Der Kreml hatte dies stets zurückgewiesen.

Russische Föderation

Justiz geht gegen Menschenrechtsorganisation Memorial vor

Die russischen Behörden gehen seit Jahren gegen die Gruppe Memorial vor. Jetzt hat das Justizministerium am 10.10.14 wegen der Organisationsstruktur der Menschenrechtsorganisation einen Gerichtstermin anberaumt. Die Verhandlung finde Mitte November 2014 vor dem Obersten Gericht statt, teilte Memorial-Chef Arsenij Roginski in Moskau mit. International genießt Memorial den Ruf einer der wichtigsten und seriösesten Nichtregierungsorganisationen Russlands zu sein – sie wird auch von der Bundesregierung unterstützt. Memorial-Chef Roginski zeigte sich empört: Notfalls werde er bis vor das russische Verfassungsgericht und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen, um die mit Friedensnobelpreisgeldern des sowjetischen Dissidenten Andrej Sacharow mit gegründete Organisation zu verteidigen.

Memorial hat sich um die Dokumentation der Verbrechen aus der Stalin-Zeit verdient gemacht. Die Organisation positioniert sich regelmäßig zu Menschenrechtsfragen (z.B. im Nordkaukasus) und steht unter wachsendem staatlichen Druck – vor allem wegen der Spenden ausländischer Unterstützer. Den Vorwurf, politisch beeinflusst zu sein, weist Memorial zurück. Entgegen anderslautender Pressemeldungen soll die russische Justiz derzeit nicht beabsichtigen, Memorial aufzulösen.

Repressionen gegen Regierungsgegner dauern an

Unterdessen geht der russische Staat gegen weitere Regierungsgegner vor: Den Kreml-Kritiker und Blogger Alexej Nawalny hat die russische Justiz nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP für drei weitere Monate unter Hausarrest gestellt. Der oppositionelle Blogger steht seit Februar unter Hausarrest und darf weder das Internet benutzen noch telefonieren. Der 37-Jährige ist einer der Anführer der Protestbewegung gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin, die im Umfeld der Parlamentswahl 2011 entstand.

Myanmar

Amnestie - mehr als 3.000 Häftlinge freigelassen

Gut einen Monat vor einem Treffen der Südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN in Myanmar, zu dem unter anderem auch US-Präsident Barack Obama, der chinesische Präsident Xi Jinping, sowie die Regierungsspitzen aus Japan und Indien erwartet werden, hat die Regierung mehr als 3.000 Gefangene freigelassen. Darunter befinden sich nach Angaben von Menschenrechtlern auch rund ein Dutzend politische Gefangene, die zum Teil schon seit über zehn Jahren in Haft sind. Das Informationsministerium verkündete die Amnestie „aus humanitären Gründen“ am 07.10.14 auf seiner Webseite. Internationale Beobachter sehen darin den Versuch der Regierung, ihren Reformwillen zu demonstrieren.

Nordkorea

Existenz von Arbeitslagern offiziell bestätigt

Der für UN-Angelegenheiten zuständige nordkoreanische Staatssekretär Choe Myong Nam erklärte am 07.10.14 vor Reportern in New York, dass es zwar praktisch keine Haftlager gebe, jedoch bestätigte er zugleich die Existenz von Arbeitslagern, „in denen die Insassen ihre Mentalität verbessern und ihr Fehlverhalten überdenken könnten“. Nach Einschätzung von Experten werden in derartigen „Umerziehungs-Arbeitslagern“ überwiegend herkömmliche Kriminelle festgehalten, während die meisten politischen Gefangenen in straffer geführten Haftanstalten einsitzen.

Dialog über Menschenrechte

Zudem teilte der stellvertretende nordkoreanische UN-Botschafter Ri Tong Il mit, ein ranghoher Vertreter Pjôngjangs habe vor kurzem Gespräche mit der Europäischen Union und mit Menschenrechtskommissar Stavros Lambrinidis geführt und Interesse an einem Dialog bekundet. Zum Jahresende hoffe man auf die Aufnahme von politischen Gesprächen, denen im kommenden Jahr ein Dialog über Menschenrechte folgen werde.

Bolivien

Morales siegt bei Präsidentenwahl

Bolivians Staatschef Evo Morales hat seinen Sieg bei der Präsidentenwahl verkündet. Wie die staatliche Nachrichtenagentur ABI meldete, erhielt der 54-jährige des linken Regierungsbündnisses Movimiento al Socialismo (MAS) rund 60 % der Stimmen. Er setzte sich damit bereits im ersten Wahlgang durch und wird das Land weitere fünf Jahre regieren. Samuel Doria Medina von der Mitte-Rechts-Partei Unidad Nacional kommt als Zweitplacierter auf rund 20 % der Stimmen. Morales soll alle Regionen mit Ausnahme des nord-östlichen Departamento Beni gewonnen haben. Auch im Kongress, der ebenfalls am 12.10.14 neu gewählt wurde, kann Morales den Hochrechnungen zufolge mit einer starken Mehrheit rechnen. Er widmete seinen Sieg Fidel Castro, dem verstorbenen venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez und allen „anti-imperialistischen und anti-kapitalistischen Führern“.

Bolivien hat in den vergangenen Jahren durch Gasexporte einen wirtschaftlichen Höhenflug erlebt, den Morales auch zu einer weitreichenden Umverteilungspolitik und Sozialprogramme genutzt hat, was die Popularität des Präsidenten zu einem großen Teil erklärt. Gleichzeitig gilt Morales, Boliviens erster Präsident mit indigenen Wurzeln, in weiten Teilen der Bevölkerung als Identifikationsfigur. Er war erstmals 2006 zum bolivianischen Präsidenten gewählt worden. Seine dritte Amtszeit würde bis 2020 dauern.